Gesetzentwurf

der Staatsregierung

für ein Gesetz zur Erweiterung und Erprobung von Handlungsspielräumen der Kommunen

A) Problem

Trotz vielfältiger Bemühungen, Bürokratie abzubauen, haben Regulierung und Reglementierung in den letzten Jahren immer weiter zugenommen. Dies hemmt die Eigeninitiative der Bürger und schwächt die Wettbewerbskraft der Wirtschaft, was gerade in einer Zeit wachsender Globalisierung besonders problematisch ist.

Von kommunaler Seite wird häufig beklagt, dass staatliche Vorgaben, die den Kommunen für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben und für den Vollzug der Gesetze gemacht werden, zu Kostenbelastungen führen. Die Kommunen sehen sich dadurch in der kommunalen Selbstverwaltung eingeschränkt und daran gehindert, ihre Ausgaben den in den vergangenen Jahren zurückgegangenen Einnahmen anzupassen. Die kommunale Finanzsituation muss vorrangig über Entlastungen im Ausgabenbereich verbessert werden.

B) Lösung

Die Bayerische Staatsregierung hat 2003 und 2004 über rd. 350 Einzelvorschläge zum Abbau kommunaler Standards in der Mehrzahl positiv beschlossen, die von den Kommunen selbst über deren Spitzenverbände vorgebracht worden waren. Die beschlossenen Maßnahmen sind weitestgehend umgesetzt.

Anknüpfend an die Initiativen der Staatsregierung zum Abbau kommunaler Standards sollen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auf kommunaler Ebene die landesrechtlichen Spielräume für die politisch Verantwortlichen vor Ort erweitert werden. Es sollen zugleich Impulse für eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Verwaltung in den Regionen gegeben werden.

Es ist folgende Zweiteilung vorgesehen:

- Sofortige und landesweite Aufhebung von Vorschriften des Landesrechts, durch die Kommunen belastet werden.
- Örtlich begrenzte und zeitlich befristete Erprobung einer Freistellung ausgewählter Kommunen von der Einhaltung bestimmter Rechtsvorschriften. Im letzten Jahr einer Probephase von vier Jahren soll beurteilt werden, ob sich die Nichtanwendung einzelner Normen bewährt hat und damit landesweit umgesetzt werden kann oder Regelungen als weiterhin zwingend notwendig anzusehen sind.

Die im Gesetzentwurf enthaltenen Vorschläge enthalten nicht nur Vorschriften, die für Kommunen als solche gelten, sondern auch Regelungen, die diese bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben (z.B. als untere Denkmalschutzbehörde) betreffen, und solche, die für Landratsämter gelten. Auch diese beschränken die mit den jeweiligen Aufgaben betrauten Gemeinden oder Gemeindeverbände in ihren tatsächlichen und finanziellen Handlungsspielräumen.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

Der Gesetzentwurf soll durch einen Abbau von Vorgaben an die Aufgabenerfüllung der Kommunen und der Landratsämter Handlungsräume erschließen und neue Möglichkeiten zur Senkung von Verwaltungsaufwand schaffen. Er hat für den Staat keine unmittelbaren Kostenauswirkungen. Durch die Vereinfachung und Beschleunigung von einzelnen Verwaltungsverfahren können sich auch Ersparnisse für Wirtschaft und Bürger ergeben.

Gesetzentwurf

Gesetz zur Erweiterung und Erprobung von Handlungsspielräumen der Kommunen

§ 1

2026 - 1 - S

Gesetz zur Erprobung einer Freistellung ausgewählter Kommunen von der Einhaltung von Rechtsvorschriften (Modellkommunengesetz)

Art. 1

Auswahl von Modellkommunen

Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten nach Maßgaben der nachfolgenden Vorschriften für folgende kommunale Gebietskörperschaften und Landratsämter als Staatsbehörden:

1. kreisangehörige Gemeinden: Gemeinde Deining, Markt Dürrwangen, Gemeinde Elchingen, Markt Gaimersheim, Stadt Iphofen, Markt Reisbach, Markt Weidenberg, Stadt Bad Wörishofen
2. kreisfreie Gemeinden: Stadt Ingolstadt, Stadt Kempten (Allgäu), Stadt Nürnberg, Stadt Rosenheim
3. Landkreise/Landratsämter: Landkreis/Landratsamt Cham, Landkreis/Landratsamt Bayreuth, Landkreis/Landratsamt Dillingen a.d. Donau, Landkreis/Landratsamt Mühldorf a. Inn, Landkreis/Landratsamt Rottal-Inn, Landkreis/Landratsamt Schweinfurt, Landkreis/Landratsamt Unterallgäu, Landkreis/Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Art. 2

Modifizierte Bestimmungen für kreisangehörige Gemeinden

Für die unter Art. 1 Nr. 1 aufgeführten kreisangehörigen Gemeinden sind die nachfolgenden Vorschriften mit den folgenden Modifikationen anzuwenden:

1. Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit
Art. 12 Abs. 2 und Art. 14 Abs. 2 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) sind auf der Grundlage einer Satzung der Gemeinde mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Genehmigungspflicht bei Zweckvereinbarungen, an denen die in Art. 1 Nr. 1 genannten Gemeinden beteiligt sind, die Pflicht tritt, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung der Zweckvereinbarung anzuzeigen.

2. Denkmalschutzgesetz

Das Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler (Denkmalschutzgesetz – DSchG) ist auf der Grundlage einer Verordnung der Gemeinde mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

- a) In Ergänzung zu Art. 15 Abs. 1 DSchG gilt eine Erlaubnis nach den Abschnitten II bis IV DSchG als erteilt, wenn nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags bei der zuständigen Behörde anders entschieden wird. Die zuständige Behörde kann durch Bescheid, der innerhalb der Frist nach Satz 1 bekannt gegeben werden muss, die Frist einmalig um bis zu drei Monate verlängern.
- b) Abweichend von Art. 15 Abs. 2 Satz 1 DSchG wird die Anhörung des Landesamts für Denkmalpflege in das Ermessen der Unteren Denkmalschutzbehörde gestellt. Diese Abweichungsoption besteht nicht für Modellkommunen, in deren Gebiet eine Stätte liegt, die gem. Art. 11 Abs. 2 des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 16. November 1972 in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen ist.

3. Bayerisches Personalvertretungsgesetz

Das Bayerische Personalvertretungsgesetz (BayPVG) ist auf der Grundlage einer Satzung der Gemeinde mit folgender Maßgabe anzuwenden:

- a) An die Stelle des „Kalenderhalbjahres“ in Art. 49 Abs. 1 BayPVG tritt das „Kalenderjahr“.
- b) Im Fall des Art. 70 Abs. 5 BayPVG entscheidet die oberste Dienstbehörde auch in den in Art. 75 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3, 7, 8, 9, 11, 14, Abs. 3 Satz 1 Nrn. 2, 3, Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 BayPVG genannten Fällen abschließend; das Verfahren vor der Einigungsstelle (Art. 71 BayPVG) entfällt.

4. Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz, Schülerbeförderungsverordnung

- a) Art. 3 Abs. 4 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) und §§ 2 bis 6 der Verordnung über die Schülerbeförderung (Schülerbeförderungsverordnung – SchBefV) gelten nicht, wenn die Gemeinde durch Satzung die Notwendigkeit und den Umfang der Schülerbeförderung regelt.
- b) Macht die Modellkommune von der Möglichkeit gemäß Buchst. a Gebrauch, erhält diese in Abweichung von Art. 10a des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz - FAG) zu den Kosten der Schülerbeförderung auf dem

Schulweg pauschale Zuweisungen. Bei der Bemessung der pauschalen Zuweisungen sind die bisherigen Belastungen der Aufgabenträger angemessen zu berücksichtigen. Die Zuweisungen nach Satz 1 sind dem im Staatshaushalt für die Pauschalzuweisungen für die Beförderungskosten veranschlagten Betrag vorweg zu entnehmen. Die Höhe der pauschalen Zuweisungen an diese Kommunen wird durch Rechtsverordnung der Staatsministerien der Finanzen und des Innern geregelt.

5. Eigenüberwachungsverordnung

§ 5 der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung – EÜV) ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass auf der Grundlage eines Beschlusses des Gemeinderats die im Vollzug des Dritten Teils des Anhang 2 EÜV getroffenen Feststellungen nicht in den Jahresbericht aufgenommen werden müssen; der Beschluss ist dem zuständigen Wasserwirtschaftsamt unverzüglich anzuzeigen.

Art. 3

Modifizierte Bestimmungen für kreisfreie Gemeinden

Für die unter Art. 1 Nr. 2 aufgeführten kreisfreien Gemeinden sind die folgenden Vorschriften mit den nachfolgenden Modifikationen anzuwenden:

1. Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit

Art. 12 Abs. 2 und Art. 14 Abs. 2 KommZG sind auf der Grundlage einer Satzung der Gemeinde mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Genehmigungspflicht bei Zweckvereinbarungen, an denen die in Art. 1 Nr. 2 genannten Gemeinden beteiligt sind, die Pflicht tritt, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung der Zweckvereinbarung anzuzeigen.

2. Denkmalschutzgesetz

Das Denkmalschutzgesetz ist auf der Grundlage einer Verordnung der Gemeinde mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

- a) In Ergänzung zu Art. 15 Abs. 1 DSchG gilt eine Erlaubnis nach den Abschnitten II bis IV DSchG als erteilt, wenn nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags bei der zuständigen Behörde anders entschieden wird. Die zuständige Behörde kann durch Bescheid, der innerhalb der Frist nach Satz 1 bekannt gegeben werden muss, die Frist einmalig um bis zu drei Monate verlängern.
- b) Abweichend von Art. 15 Abs. 2 Satz 1 DSchG wird die Anhörung des Landesamts für Denkmalpflege in das Ermessen der Unteren Denkmalschutzbehörde gestellt. Diese Abweichungsoption besteht nicht für Modellkommunen, in deren Gebiet eine Stätte liegt, die gem. Art. 11 Abs. 2 des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 16. November 1972 in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen ist.

3. Bayerisches Personalvertretungsgesetz

Das Bayerische Personalvertretungsgesetz ist auf der Grundlage einer Satzung der Gemeinde mit folgender Maßgabe anzuwenden:

- a) An die Stelle des „Kalenderhalbjahres“ in Art. 49 Abs. 1 BayPVG tritt das „Kalenderjahr“.
- b) Im Fall des Art. 70 Abs. 5 BayPVG entscheidet die oberste Dienstbehörde auch in den in Art. 75 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3, 7, 8, 9, 11, 14, Abs. 3 Satz 1 Nrn. 2, 3, Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 BayPVG genannten Fällen abschließend; das Verfahren vor der Einigungsstelle (Art. 71 BayPVG) entfällt.

4. Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz, Schulwegkostenfreiheitsgesetz, Schülerbeförderungsverordnung

- a) Art. 3 Abs. 4 BaySchFG, Art. 1 bis 3 des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs (Schulwegkostenfreiheitsgesetz – SchKfrG) und §§ 2 bis 6 SchBefV gelten nicht, wenn die Gemeinde durch Satzung die Notwendigkeit und den Umfang der Schülerbeförderung regelt.
- b) Macht die Modellkommune von der Möglichkeit gemäß Buchst. a Gebrauch, erhält diese in Abweichung von Art. 10a FAG zu den Kosten der Schülerbeförderung auf dem Schulweg pauschale Zuweisungen. Bei der Bemessung der pauschalen Zuweisungen sind die bisherigen Belastungen der Aufgabenträger angemessen zu berücksichtigen. Die Zuweisungen nach Satz 1 sind dem im Staatshaushalt für die Pauschalzuweisungen für die Beförderungskosten veranschlagten Betrag vorweg zu entnehmen. Die Höhe der pauschalen Zuweisungen an diese Kommunen wird durch Rechtsverordnung der Staatsministerien der Finanzen und des Innern geregelt.

5. Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes

§ 16 Abs. 4 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes (AVBayJG) ist mit folgender Maßgabe anzuwenden:

Nach Anhörung des Jagdbeirats kann die untere Jagdbehörde entscheiden, ob auf die Pflicht zur Vorlage der Trophäen bei den öffentlichen Hageschauen nach § 16 Abs. 4 Sätze 3 bis 5 AVBayJG oder gänzlich auf die Durchführung der öffentlichen Hageschauen nach § 16 Abs. 4 AVBayJG verzichtet wird. § 33 Nr. 3 AVBayJG findet dann keine Anwendung.

6. Eigenüberwachungsverordnung

§ 5 EÜV ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass auf der Grundlage eines Beschlusses des Gemeinderats die im Vollzug des Dritten Teils des Anhang 2 EÜV getroffenen Feststellungen nicht in den Jahresbericht aufgenommen werden müssen; der Beschluss ist dem zuständigen Wasserwirtschaftsamt unverzüglich anzuzeigen.

Art. 4
Modifizierte Bestimmungen
für Landkreise und Landratsämter

Für die unter Art. 1 Nr. 3 aufgeführten Landkreise und Landratsämter, auch soweit diese als staatliche Behörde handeln, sind die folgenden Vorschriften mit den nachfolgenden Modifikationen anzuwenden:

1. Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit

Art. 12 Abs. 2 und Art. 14 Abs. 2 KommZG sind auf der Grundlage einer Satzung des Landkreises mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Genehmigungspflicht bei Zweckvereinbarungen, an denen die in Art. 1 Nr. 3 genannten Landkreise beteiligt sind, die Pflicht tritt, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung der Zweckvereinbarung anzuzeigen.

2. Denkmalschutzgesetz

Das Denkmalschutzgesetz ist auf der Grundlage einer Verordnung der Kreisverwaltungsbehörde mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

- a) In Ergänzung zu Art. 15 Abs. 1 DSchG gilt eine Erlaubnis nach den Abschnitten II bis IV DSchG als erteilt, wenn nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags bei der zuständigen Behörde anders entschieden wird. Die zuständige Behörde kann durch Bescheid, der innerhalb der Frist nach Satz 1 bekannt gegeben werden muss, die Frist einmalig um bis zu drei Monate verlängern.
- b) Abweichend von Art. 15 Abs. 2 Satz 1 DSchG wird die Anhörung des Landesamts für Denkmalpflege in das Ermessen der Unteren Denkmalschutzbehörde gestellt. Diese Abweichungsoption besteht nicht für Modellkommunen, in deren Gebiet eine Stätte liegt, die gem. Art. 11 Abs. 2 des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 16. November 1972 in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen ist.

3. Bayerisches Personalvertretungsgesetz

Das Bayerische Personalvertretungsgesetz ist für die Beschäftigten des Landkreises auf der Grundlage einer Satzung des Landkreises mit folgender Maßgabe anzuwenden:

- a) An die Stelle des „Kalenderhalbjahres“ in Art. 49 Abs. 1 BayPVG tritt das „Kalenderjahr“.
- b) Im Fall des Art. 70 Abs. 5 BayPVG entscheidet die oberste Dienstbehörde auch in den in Art. 75 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3, 7, 8, 9, 11, 14, Abs. 3 Satz 1 Nrn. 2, 3, Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 BayPVG genannten Fällen abschließend; das Verfahren vor der Einigungsstelle (Art. 71 BayPVG) entfällt.

4. Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz, Schulwegkostenfreiheitsgesetz, Schülerbeförderungsverordnung

- a) Art. 3 Abs. 4 BaySchFG, Art. 1 bis 3 SchKfrG und §§ 2 bis 6 SchBefV gelten nicht, wenn der Landkreis durch Satzung die Notwendigkeit und den Umfang der Schülerbeförderung regelt.
- b) Macht die Modellkommune von der Möglichkeit gemäß Buchst. a Gebrauch, erhält diese in Abweichung von Art. 10a FAG zu den Kosten der Schülerbeförderung auf dem Schulweg pauschale Zuweisungen. Bei der Bemessung der pauschalen Zuweisungen sind die bisherigen Belastungen der Aufgabenträger angemessen zu berücksichtigen. Die Zuweisungen nach Satz 1 sind dem im Staatshaushalt für die Pauschalzuweisungen für die Beförderungskosten veranschlagten Betrag vorweg zu entnehmen. Die Höhe der pauschalen Zuweisungen an diese Kommunen wird durch Rechtsverordnung der Staatsministerien der Finanzen und des Innern geregelt.

5. Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes

§ 16 Abs. 4 AVBayJG ist mit folgender Maßgabe anzuwenden:

Nach Anhörung des Jagdbeirats kann die untere Jagdbehörde entscheiden, ob auf die Pflicht zur Vorlage der Trophäen bei den öffentlichen Hageschauen nach § 16 Abs. 4 Sätze 3 bis 5 AVBayJG oder gänzlich auf die Durchführung der öffentlichen Hageschauen nach § 16 Abs. 4 AVBayJG verzichtet wird. § 33 Nr. 3 AVBayJG findet dann keine Anwendung.

Art. 5
Modifizierte Bestimmungen
des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes für die
Beschäftigten des Staates in Kreisverwaltungsbehörden

Macht der Landkreis von der Möglichkeit des Art. 4 Nr. 3 Gebrauch, gelten die dort genannten Abweichungen auch für die am Landratsamt tätigen Beschäftigten des Staates.

§ 2
Änderung des Gesetzes
über die kommunale Zusammenarbeit

Das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl S. 555, BayRS 2020-6-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2004 (GVBl S. 272), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Überschrift des Art. 9 durch den Klammerhinweis „(aufgehoben)“ ersetzt.
2. Art. 4 Abs. 5, Art. 5 Abs. 3, Art. 9 und Art. 12 Abs. 4 werden aufgehoben.

3. Art. 18 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 entfällt die Absatzbezeichnung.
 - b) Abs. 2 und 3 werden aufgehoben.
4. Art. 20 Abs. 3 wird aufgehoben.

§ 3

Änderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes

Das Bayerische Straßen- und Wegegesetz – BayStrWG – (BayRS 91-1-I), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287) wird wie folgt geändert:

1. Art. 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Abs. 7 eingefügt:

„(7) ¹Bei Straßen, deren Bau in einem Bebauungsplan geregelt wird und für die die Gemeinde Träger der Straßenbaulast ist, kann die Widmung in diesem Verfahren mit der Maßgabe verfügt werden, dass sie mit der Verkehrsübergabe wirksam wird, wenn die Voraussetzungen des Abs. 3 in diesem Zeitpunkt vorliegen. ²Abs. 6 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.“
 - b) Der bisherige Abs. 7 wird Abs. 8.
2. Art. 7 Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Art. 6 Abs. 6 und 7 gelten entsprechend.“
3. Art. 8 Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Art. 6 Abs. 6 und 7 gelten entsprechend.“

§ 4

Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 1996 (GVBl S. 336, BayRS 922-1-W), zuletzt geändert durch § 9 des Gesetzes vom 26. Juli 2004 (GVBl S. 272), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 12 wird das Wort „haben“ durch das Wort „können“ und das Wort „aufzustellen“ durch das Wort „aufstellen“ ersetzt.
2. In Art. 13 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „haben“ durch das Wort „können“ und das Wort „durchzuführen“ durch das Wort „durchführen“ ersetzt.
3. In Art. 17 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „jährlich“ durch die Worte „alle zwei Jahre“ ersetzt.

§ 5

Änderung des Bayerischen Wassergesetzes

Art. 59 Abs. 3 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1994 (GVBl S. 822, BayRS 753-1-U), zuletzt geändert durch Art. 24 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287), erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Für die nach Abs. 1 beantragte Anlage gilt die Genehmigung als erteilt, wenn die Kreisverwaltungsbehörde nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags anders entscheidet. ²Teilt die Kreisverwaltungsbehörde schon vor Ablauf der Frist mit, dass gegen die mit dem Antrag angestrebte Genehmigung keine Bedenken bestehen, gilt die Genehmigung bereits mit Zugang dieser Mitteilung als erteilt. ³Die Kreisverwaltungsbehörde kann durch Bescheid, der innerhalb der Frist nach Satz 1 bekannt gegeben werden muss, die Frist um höchstens zwei Monate verlängern. ⁴§ 9a WHG gilt entsprechend.“

§ 6

Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen

Dem Art. 8 des Gesetzes über die Zuständigkeit im Verkehrswesen (ZustGVerk) vom 28. Juni 1990 (GVBl S. 220, BayRS 9210-1-W), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 129 des Gesetzes vom 7. August 2003 (GVBl S. 497), wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Kreisfreie Gemeinden und der Freistaat Bayern, vertreten durch das jeweilige staatliche Landratsamt, können sich zu einem Zweckverband gemäß dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zusammenschließen und ihm die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden für die Fahrzeugzulassung übertragen.“

§ 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. ²§ 1 sowie die hierauf beruhenden Satzungen, Verordnungen und Beschlüsse treten mit Ablauf des 31. Dezember 2010 außer Kraft.

Begründung:

A. Allgemeines

Die Regelungen des Gesetzentwurfs dienen dem Abbau von Vorgaben an die Aufgabenerfüllung der Kommunen sowohl im eigenen als auch im übertragenen Wirkungskreis sowie der Landratsämter bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben. Hierdurch sollen Handlungsspielräume erschlossen und neue Möglichkeiten zur Senkung von Verwaltungsaufwand auf kommunaler Ebene geschaffen werden.

Die Regelungen in § 1 (Gesetz zur Erprobung einer Freistellung ausgewählter Kommunen von der Einhaltung von Rechtsvorschriften) betreffen Erleichterungen von Standards, die für eine Probephase von vier Jahren innerhalb ausgewählter Modellkommunen erprobt werden sollen. Die Auswahl der Modellkommunen (§ 1 Art. 1) erfolgte auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände.

Auch soweit sich eine Modellkommune am Modellversuch im Sinne von § 1 beteiligt, bleibt die Wahrnehmung von einzelnen Erleichterungen freiwillig, d.h. bloße Option. Wenn keine oder kaum eine Modellkommune bzw. Kreisverwaltungsbehörde von der Freistellungsoption in Bezug auf einzelne Standards Gebrauch macht, obwohl hierzu die Möglichkeit besteht, wird voraussichtlich kein Bedürfnis bestehen, diese Standards im Anschluss an die Probephase dauerhaft und landesweit zu ändern. Insoweit hat der Modellversuch gerade eine Befriedigungsfunktion.

Die Erprobung einzelner Erleichterungen in ausgewählten Modellkommunen (§ 1 des Gesetzes) ist auf vier Jahre angelegt. Nach drei Jahren, also im letzten Jahr der Probephase, ist eine Evaluation des Modellversuchs vorgesehen; Evaluation und Auswertung durch die Staatsregierung sollen wissenschaftlich begleitet werden. Damit soll gewährleistet werden, dass bis zum 31. Dezember 2010 eine Entscheidung des Gesetzgebers über die Frage einer landesweiten Einführung getroffen und diese umgesetzt werden kann.

§§ 2 bis 6 sehen Regelungen vor, durch die – ohne eine Probephase – eine sofortige und landesweite Befreiung von Standards umgesetzt werden soll.

Die vorgesehenen Regelungen sind zwingend erforderlich, um unnötige bürokratische Lasten abzubauen und die Deregulierung des Landesrechts voranzutreiben. Die Umsetzung bedarf der gesetzlichen Regelung.

B. Ergänzende Erläuterungen zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1: Gesetz zur Erprobung einer Freistellung ausgewählter Kommunen von der Einhaltung von Rechtsvorschriften

Zu Art. 1 – Auswahl von Modellkommunen

Die Auswahl der Modellkommunen erfolgte auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Zu Art. 2 – Modifizierte Bestimmungen für kreisangehörige Gemeinden

Zu Nummer 1:

Nach Art. 12 Abs. 2 KommZG bedarf der Abschluss von Zweckvereinbarungen, durch die eine beteiligte Gebietskörperschaft auch Befugnisse erhält, der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Art. 14 Abs. 2 KommZG schreibt für die Änderung oder Aufhebung solcher Zweckvereinbarungen Entsprechendes vor. Die staatliche Mitwirkung in Form der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erscheint bei einer Zweckvereinbarung, durch die neben Aufgaben auch Befugnisse übertragen werden sollen, nicht ohne Weiteres entbehrlich. Dies hängt damit zusammen, dass durch eine solche Übertragungsvereinbarung die gesetzliche Zuständigkeitsordnung für die Ausübung hoheitlicher Befugnisse geändert wird. Zu den Besonderheiten von Zweckvereinbarungen gehört es, dass solche Übertragungen in der Praxis häufig mit sehr viel größeren Ungenauigkeiten verbunden sind als etwa Aufgabenübertragungen auf Zweckverbände. In einer modellhaften Erprobung könnten einzelne Modellkommunen von der Genehmigungspflicht befreit werden, um die Auswirkungen einer Befreiung zu testen.

Zu Nummer 2:

Zu a)

Durch die Ergänzung von Art. 15 Abs. 1 DSchG tritt die Fiktion der Genehmigungserteilung grundsätzlich nach Ablauf von zwei Monaten nach Einreichung des schriftlichen Antrags bei der Gemeinde ein. Die Anforderungen an die Antragsunterlagen ergeben sich aus den allgemeinen Vorschriften des Verwaltungsverfahrensrechts.

Die Fiktionsfrist wird durch den Erlass eines ablehnenden Bescheids oder einer beispielsweise durch Nebenbestimmung(en) modifizierten Genehmigung gehindert. Die Fiktionsfrist kann durch Verwaltungsakt auf insgesamt fünf Monate verlängert werden. Die Verlängerung muss mit in konkretem Zusammenhang zu dem Antrag stehenden Tatsachen begründet werden.

Zu b)

Durch die Abweichung wird die Soll-Bestimmung in Art. 15 Abs. 2 Satz 1 DSchG in eine Kann-Bestimmung umgewandelt. Anstelle der Soll-Beteiligung der Denkmalfachbehörde steht deren Anhörung damit im Ermessen der Genehmigungsbehörde. Die Ausnahmeregelung in Satz 2 nimmt Rücksicht auf die besondere Schutzwürdigkeit von Stätten, die in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen sind.

Zu Nummer 3:

Zu a)

Die ordentliche Personalversammlung gemäß Art. 49 Abs. 1 BayPVG ist zwingend einzuberufen. Kommt der Personalrat dieser Verpflichtung nicht nach, kann dies nach Art. 28 Abs. 1 BayPVG sogar zu seiner Auflösung wegen grober Pflichtverletzung führen. Der im Gesetz geregelte zwingende kalenderhalbjährliche Turnus erscheint aber für Personalvertretungen von Kommunen sehr weitgehend. Unbenommen bleibt die Möglichkeit, nach Art. 49 Abs. 2 BayPVG eine außerordentliche Personalversammlung einzuberufen, wenn hierfür Veranlassung besteht.

Zu b)

Die Regelung dient der Entlastung der Kommunen. Der Landesgesetzgeber ist auf der Grundlage von § 104 Sätze 1 und 2 BPersVG allerdings gehalten, eine unabhängige Entscheidungsstelle in Mitbestimmungsangelegenheiten einzurichten. Dabei kann der Landesgesetzgeber entscheiden, welche Tatbestände er der uneingeschränkten Mitbestimmung unterwirft, er muss seinen insoweit bestehenden Handlungsspielraum aber sachgerecht ausüben und einen Kernbestand erhalten. Hierauf nimmt die Regelung Rücksicht.

Zu Nummer 4:

Zu a)

Eine Regelung der Schülerbeförderung durch kommunale Satzung stellt sowohl die Notwendigkeit als auch den Umfang der Schülerbeförderung in die Satzungsautonomie und damit in das Regelungsermessen der jeweiligen Kommune. Eine vergleichbare Regelung gibt es bereits in den Ländern Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen. Die Berechnung der pauschalen Zuweisung für die Modellkommunen soll sich nach gesonderten Kriterien richten. Die bisherigen Belastungen sind dabei angemessen zu berücksichtigen.

Zu b)

Die Regelung dient der Umsetzung von Buchst. a). Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten als Aufgabenträger der Schülerbeförderung grundsätzlich pauschale Zuweisungen zu den Kosten der notwendigen Schülerbeförderung auf dem Schulweg nach Art. 10a des Finanzausgleichsgesetzes. Durch Art. 5 Abs. 2 des Schulfinanzierungsgesetzes bzw. durch Art. 2 des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes ist bestimmt, welche Schüler einen Anspruch auf Schülerbeförderung bzw. einen Kostenerstattungsanspruch gegen den Aufgabenträger haben. Damit sind die Kosten der notwendigen Schülerbeförderung auf dem Schulweg festgelegt und von Kosten der freiwillig übernommenen Beförderung abgrenzbar.

Die an der Modellkommunenregelung teilnehmenden Gemeinden und Gemeindeverbände können Voraussetzung und Umfang der Schülerbeförderung durch Satzung bestimmen. Da bei den Kommunen, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, keine Kosten der „notwendigen Schülerbeförderung“ auf dem Schulweg im Sinne von Art. 5 Abs. 2 des Schulfinanzierungsgesetzes bzw. nach Art. 2 des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes vorliegen werden, sind die Voraussetzungen für eine pauschale Zuweisung nach Art. 10a Abs. 1 und 2 Finanzausgleichsgesetz nicht mehr gegeben. Die betreffenden Kommunen sollen jedoch auch im Rahmen des Modellversuchs eine pauschale Zuweisung zu den Kosten der Schülerbeförderung erhalten. Durch Art. 2 Nr. 4 b, Art. 3 Nr. 4 b und Art. 4 Nr. 4 b wird eine eigenständige Rechtsnorm zur Begründung des Anspruchs auf eine pauschale Zuweisung zur Schülerbeförderung für die an der Modellkommunenregelung teilnehmenden Gemeinden und Gemeindeverbände geschaffen.

Die Modellkommunen bestimmen die Zahl der beförderungsberechtigten Schüler und die Höhe der entstandenen Kosten für die notwendige Schülerbeförderung durch die Ausgestaltung der Regelungen in der dafür aufgestellten Satzung. Eine Vergleichbarkeit mit den übrigen Aufgabenträgern ist damit nicht mehr gewährleistet. Deshalb muss sich die Berechnung der pauschalen Zuweisungen für die Modellkommunen nach gesonderten Kriterien richten. Dabei sind die bisherigen Belastungen angemessen zu berücksichtigen. Entsprechend der Regelung zur Berechnung der pauschalen Zuweisungen zu den Kosten der notwendigen Schülerbeförderung nach Art. 10a Abs. 1 und 2 Finanzausgleichsgesetz ist die Höhe der Zuweisungen zur Schülerbeförderung auf dem Schulweg für die an der Modellkommunenregelung teilnehmenden Gemeinden und Gemeindeverbände und die Berechnung dieser Zuweisungen für die einzelnen Modellkommunen in einer Rechtsverordnung zu regeln.

Zu Nummer 5:

Die Kanaluntersuchungen sind Teil der Eigenüberwachung für Abwasseranlagen, die in der Eigenüberwachungsverordnung geregelt ist. Die Eigenüberwachungspflicht umfasst bei Kanalnetzen insbesondere wiederkehrende Dichtheitsprüfung, Funktionskontrollen bei den maschinellen Einrichtungen und bei den Masseeinrichtungen sowie die Inaugenscheinnahme der wesentlichen Einleitung in die Kanalisation.

Die behördliche Überwachung in diesem Bereich besteht darin, dass an Hand der Jahresberichte überprüft wird, ob und in welchem Umfang die Kanalnetzbetreiber die oben genannten Eigenüberwachungspflichten erfüllen. Mit der Änderung soll erprobt werden, ob und wie diese Pflichten auch ohne Berichtspflicht gegenüber dem Wasserwirtschaftsamt erfüllt werden und welcher staatliche Mehraufwand für die behördliche Überwachung durch Wegfall des Jahresberichts entsteht.

Zu Art. 3 – Modifizierte Bestimmungen für kreisfreie Gemeinden

Zu Nummer 1:

s. Begründung zu Art. 2 Nr. 1

Zu Nummer 2:

s. Begründung zu Art. 2 Nr. 2

Zu Nummer 3:

s. Begründung zu Art. 2 Nr. 3

Zu Nummer 4:

s. Begründung zu Art. 2 Nr. 4

Zu Nr. 5:

Die Regelung enthält die (probeweise) Möglichkeit, die Pflichtvorlage der Trophäen bei der öffentlichen Hegeschau abzuschaffen oder gänzlich auf die Durchführung der öffentlichen Hegeschau zu verzichten. Hierüber und über den Zeitraum ist in eigener Zuständigkeit nach Anhörung des Jagdbeirates zu entscheiden. Wird von der Option Gebrauch gemacht, findet der Ordnungswidrigkeitentatbestand des § 33 Nr. 3 AVBayJG bzw. (mit Wirkung zum 1. April 2007) des § 33 Nr. 4 AVBayJG (vgl. § 1 Nr. 16 der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des bayerischen Jagdgesetzes vom 23. März 2004 – GVBl S. 108) keine Anwendung.

Zu Nr. 6:

s. Begründung zu Art. 2 Nr. 5

Zu Art. 4 – Modifizierte Bestimmungen für Landkreise und Landratsämter

Zu Nummer 1:

s. Begründung zu Art. 2 Nr. 1

Zu Nummer 2:

s. Begründung zu Art. 2 Nr. 2

Zu Nummer 3:

s. Begründung zu Art. 2 Nr. 3

Zu Nummer 4:

s. Begründung zu Art. 2 Nr. 4

Zu Nummer 5:

s. Begründung zu Art. 3 Nr. 5

Zu Art. 5 – Modifizierte Bestimmungen des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes für die Beschäftigten des Staates in Kreisverwaltungsbehörden

Die Regelung dient der Gleichbehandlung von Kreis- und Staatsbediensteten. Beide Beschäftigtengruppen sind gemeinsam in derselben Dienststelle Landratsamt beschäftigt und nach allgemeiner Annahme und Handhabung können Aufgaben, die das Landratsamt als Staatsbehörde wahrzunehmen hat, durch Kreisbedienstete und umgekehrt Kreisaufgaben durch Staatsbedienstete erfüllt werden. Diese Gleichbehandlung bedeutet regelmäßig bei Personalangelegenheiten gem. Art. 75 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3, 7, 8, 9, 11, 14 BayPVG, dass gleichermaßen kein Verfahren vor der Eini-

gungsstelle, die bei der obersten Dienstbehörde und damit beim Kreistag für Kreisbedienstete einerseits und dem für den betreffenden Staatsbediensteten zuständigen Staatsministerium andererseits zu bilden wäre, stattfindet und die oberste Dienstbehörde ggf. nach Durchführung eines Stufenverfahrens (vgl. Art. 70 Abs. 4 BayPVG) abschließend entscheiden kann.

Zu § 2: Änderungen des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit

Zu Nummer 1:

Die Regelung des Art. 4 Abs. 5 KommZG, wonach die Aufsichtsbehörde auf die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft hinwirken und hierzu insbesondere Besprechungen mit den in Betracht kommenden Körperschaften und Personen abhalten kann, ist im Hinblick auf die allgemeinen Aufsichtsmöglichkeiten (z. B. Art. 108 ff. GO) entbehrlich.

Die Pflicht zur Information der Aufsichtsbehörde (Art. 5 Abs. 3 KommZG) bei Bildung, Änderung, Aufhebung oder Verhandlungen über die Bildung von besonderen Arbeitsgemeinschaften kann aufgehoben werden, weil einer Arbeitsgemeinschaft als bloßer Kooperationsform keine Aufgaben bzw. Befugnisse übertragen werden und somit keine Zuständigkeitsänderungen eintreten.

Entbehrlich ist auch die Vorschrift, wonach die Aufsichtsbehörden über Verhandlungen, mit dem Ziel, eine Zweckvereinbarung zu schließen, zu unterrichten sind (Art. 9 Abs. 1 KommZG) und die Aufsichtsbehörde insbesondere in gemeinsamen Besprechungen mit den in Betracht kommenden Gebietskörperschaften auf den Abschluss von Zweckvereinbarungen hinwirken kann (Art. 9 Abs. 2 KommZG). Eine verpflichtende vorherige Unterrichtung der Aufsichtsbehörde (Art. 9 Abs. 1 KommZG) ist mit Blick auf die in Art. 12 KommZG geregelten Anzeige- und Genehmigungspflichten nicht erforderlich. Sofern im Einzelfall Beratungs- bzw. Abstimmungsbedarf besteht, werden sich die Beteiligten zweckmäßigerweise ohnehin an die Aufsichtsbehörde wenden.

Die Regelung des Art. 12 Abs. 4 KommZG, wonach die Aufsichtsbehörde, wenn sie die Genehmigung einer Zweckvereinbarung versagen will, dies vorher mit den Beteiligten erörtern muss (ggf. in Besprechungen nach Art. 9 Abs. 2 Satz 2 KommZG), kann aufgehoben werden. Die Aufsichtsbehörde hat bereits nach allgemeinen Grundsätzen die Möglichkeit, die Angelegenheit in einem Gespräch zu erörtern und wird vor der Ablehnung eines Antrags auf Genehmigung ohnehin mit den Betroffenen in Kontakt treten. Die Formulierung in Satz 2 als „Kann“-Regelung gewährt den Betroffenen ohnehin keinen Anspruch auf eine gemeinsame Besprechung.

Gleiches gilt für die Aufhebung der Regelung des Art. 20 Abs. 3 KommZG, wonach die Aufsichtsbehörde, wenn sie die Genehmigung einer Verbandssatzung versagen will, dies vorher mit den Verbandsmitgliedern erörtern muss (ggf. in einer gemeinsamen Besprechung nach Art. 18 Abs. 3 Satz 2 KommZG).

Zu Nummer 2:

Zur Aufhebung von Art. 18 Abs. 2 (Unterrichtung der Aufsichtsbehörden über Verhandlungen zur Bildung eines Zweckverbands) und von Art. 18 Abs. 3 KommZG (Möglichkeit der Aufsichtsbehörde insbesondere in gemeinsamen Besprechungen mit den in Betracht kommenden Körperschaften und Personen auf die Bildung eines Zweckverbands hinzuwirken) vgl. o. Nr. 1.

Zu § 3: Änderungen des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes

Zu Nummer 1:

Das Straßen- und Wegegesetz sieht derzeit nur beim Bau von Straßen im Sinne des Art. 3, deren Bau in einem Planfeststellungsverfahren geregelt wird, vor, dass die Widmung an Stelle der zuständigen Straßenbaubehörde durch die Planfeststellungsbehörde verfügt wird. Durch die Änderung erhalten zusätzlich Gemeinden die Möglichkeit, für Straßen, deren Bau sie in Bebauungsplänen regeln, in diesem Verfahren aufschiebend bedingt die Widmungsverfügung zu erlassen, soweit die Straße in der Baulast der Gemeinde steht. Aus kompetenzrechtlichen Gründen gilt diese optionale Verfahrens- und Zuständigkeitskonzentration nur für Straßen des Landesrechts. Innerhalb der Straßenklassen nach Art. 3 Abs. 1 erfasst die Neuregelung jedoch sämtliche Fälle der gemeindlichen Baulast kraft Gesetzes wie kraft besonderer öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen (Art. 44 BayStrWG).

Art. 6 Abs. 7 (neu) begründet dabei lediglich eine reine Verfahrens- und Zuständigkeitskonzentration, ohne die förmliche Widmungsverfügung im Wege einer Fiktionswirkung zu ersetzen. Eine entsprechende Regelung im Straßen- und Wegegesetz, nach denen die Straße mit Verkehrsübergabe als gewidmet galt, soweit ihr Bau durch ein nach anderen gesetzlichen Vorschriften durchgeführtes förmliches Verfahren angeordnet wurde, hatte sich in der Praxis als unzumutbar erwiesen. Sie ist durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes vom 26. 03.1974 (GVBl S. 116) zugunsten der geltenden Fassung des Art. 6 Abs. 6 Satz 1 BayStrWG aufgehoben worden.

Kompetenzrechtlich unanfechtbar geht Art. 6 Abs. 7 neu davon aus, dass die Widmungsverfügung auch künftig als selbständige Regelung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens von der Gemeinde als Allgemeinverfügung erlassen wird und nicht als Festsetzung Bestandteil des Bebauungsplans wird. Dadurch gelten für den Rechtsschutz gegen die Widmung weiterhin die für Verwaltungsakte bestimmten Rechtsbehelfsmöglichkeiten, so dass für Betroffene durch die Rechtsänderung insoweit keine Nachteile entstehen.

Wie bei der Widmung durch die Planfeststellungsbehörde gelten auch für die Widmung im Zusammenhang mit dem Erlass eines Bebauungsplans die übrigen formellen Widmungsvoraussetzungen gem. Art. 6 Abs. 3 und Abs. 6 Satz 2 und 3 BayStrWG. Da die Verkehrsübergabe unter Umständen erst lange nach dem Erlass des Bebauungsplans stattfindet, ist aus Gründen der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit eine unmissverständliche Bezeichnung im Bebauungsplan, ansonsten eine separate Bekanntmachung erforderlich.

Zu Nummern 2 und 3:

Folgeänderungen zu Nr. 1. Sie regeln Umstufung und Einziehung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens entsprechend den Bestimmungen, die für Planfeststellungsbeschlüsse gelten.

Zu § 4: Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern

Zu Nummern 1 und 2:

Die Änderungen haben zur Folge, dass die Aufgabenträger des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs nicht mehr verpflichtet sind, Nahverkehrspläne aufzustellen. Dies entspricht der Zielsetzung, die Verantwortlichkeiten vor Ort zu stärken, und dem Grundgedanken, dass der allgemeine öffentliche Personennahverkehr eine freiwillige Aufgabe der Landkreise und kreisfreien

Gemeinden im eigenen Wirkungskreis ist. Die Änderung hat keine Auswirkungen auf das Verfahren und die Beteiligungsnotwendigkeiten in den Fällen, in denen der Aufgabenträger sich entscheidet, einen Nahverkehrsplan zu erstellen.

Zu Nummer 3:

Nach der bisherigen Regelung ist der Schienennahverkehrsplan jährlich fortzuschreiben. Dies war im Hinblick auf den Übergang der Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr auf den Freistaat im Jahr 1996 und die damit verbundene Neustrukturierung und Verbesserung der Verkehrsleistungen notwendig. Zwischenzeitlich hat sich das Angebot entsprechend verfestigt und sind viele Maßnahmen und Ziele umgesetzt, so dass ein Zwei-Jahres-Rhythmus für die Fortschreibung angemessen ist.

Zu § 5: Änderungen des Bayerischen Wassergesetzes

Durch die Änderung von Abs. 3 tritt die Fiktion der Genehmigungserteilung grundsätzlich nach Ablauf von zwei Monaten ab Eingang der vollständigen Antragsunterlagen ein. Die Anforderungen an die Antragsunterlagen ergeben sich aus Art. 77 Abs. 2. Die Fiktionsfrist wurde wie im Landeswassergesetz Schleswig-Holstein mit zwei Monaten bemessen, da der Anlagenbegriff sehr unterschiedliche Fallgestaltungen umfasst. Die Frist kann durch eine einfache Mitteilung der Behörde, dass der beantragten Genehmigung keine Bedenken entgegenstehen, verkürzt werden.

Die Fiktionswirkung wird durch einen ablehnenden Bescheid oder eine Genehmigung mit Nebenbestimmung(en) gehindert. Die Fiktionsfrist kann auf insgesamt bis zu vier Monate durch Verwaltungsakt verlängert werden. Die Verlängerung muss mit in konkretem Zusammenhang zum entscheidenden Antrag stehenden Tatsachen begründet werden.

Der bisherige Satz 1 wird Satz 4. Die Zulassung des vorzeitigen Beginns bleibt somit weiter möglich.

Zu § 6: Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustGVerk)

Für den Vollzug des Fahrzeugzulassungsrechts sind die Kreisverwaltungsbehörden zuständig, soweit nichts anderes bestimmt ist. Die kreisfreien Städte erfüllen die Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis. Da im Einzelfall ein örtliches Bedürfnis für die Zusammenlegung von Kfz-Zulassungsbehörden der kreisfreien Städte und der Landratsämter bestehen kann, soll ihnen diese Möglichkeit über die bestehenden Regelungen des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit hinaus eröffnet werden.

Zu § 7: Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Das Gesetz soll zum 1. Januar 2007 in Kraft treten. § 1 des Gesetzes (Modellkommunengesetz) sowie die hierauf beruhenden Umsetzungsmaßnahmen (Satzungen, Verordnungen und Beschlüsse) treten zum 31. Dezember 2010 außer Kraft. Durch diese Regelung wird die Probephase auf vier Jahre festgelegt.